

Die Türkei wird zur Energiedrehscheibe

Im Poker um die Energieversorgung Europas mit Erdgas in den kommenden Jahrzehnten ist das Land in einer sehr komfortablen Lage – zum Leidwesen Russlands

VON UNSEREM MITARBEITER
CHRISTIAN MIHATSCH

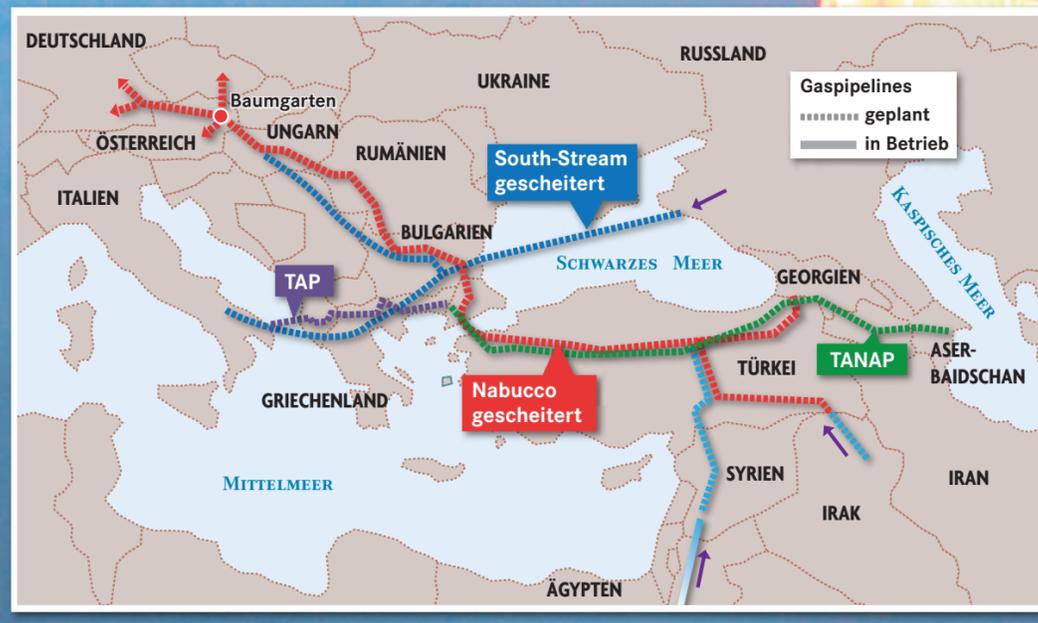
BANGKOK. Die Energieversorgung ist keine rein wirtschaftliche Angelegenheit. Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine zeigt, dass Energierohstoffe auch als Druckmittel eingesetzt werden. In der vergangenen Woche sind einige Entscheidungen gefallen, die Europa unabhängiger machen könnten von russischem Erdgas.

Die Verteilung der europäischen Gasimporte auf mehrere Bezugsquellen ist vergangene Woche ein Stück vorangekommen: In der Türkei begann der Bau der Trans-Anatolien-Pipeline Tanap (in der Karte grün eingezeichnet). Diese Röhre beginnt an der türkisch-georgischen Grenze und transportiert Gas aus Aserbaidschan in den Westen der Türkei (siehe Karte). Die 1850 Kilometer lange Pipeline soll 2018 fertig sein und rund zehn Milliarden Dollar kosten (umgerechnet fast zehn Milliarden Euro). Von 2019 an können dann jährlich 16 Milliarden Kubikmeter Gas westwärts fließen. Davon soll die Türkei sechs Milliarden Kubikmeter bekommen, die EU zehn Milliarden.

Die EU übernimmt ihren Anteil an der türkisch-griechischen Grenze und transportiert das Gas dann durch die (noch zu bauende) Trans-Adria-Pipeline Tap (in der Karte lila) über Albanien und durch die Adria nach Süditalien. Dort wird das Gas in das europäische Gasnetz eingespeist. Von 2020 an soll der sogenannte südliche Gaskorridor die Abhängigkeit Europas von russischem Gas reduzieren. Es wäre der vierte Versorgungsstrang für Gasimporte neben Russland, Norwegen und Nordafrika.

Der Baubeginn von Tanap ist eine Niederlage für Russland, das auch Gas über die Türkei nach Europa exportieren will. Ursprünglich sollte russisches Gas durch eine Pipeline namens South Stream (in der Karte blau) nach Bulgarien fließen. Doch in Folge der Ukraine-Krise stoppte der russische Präsident Vladimir Putin im Dezember 2014 den Bau abrupt. Kurz darauf gaben Putin und der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan Pläne für den Bau einer Pipeline von Russland in die Türkei bekannt – Turkish Stream.

Erdgas für Europa



QUELLEN: OMV GAS & POWER
NABUCCO, EDISON

DPA-GRAFIK/RW, BILD: DPA

Diese Pipeline soll wie Tanap die Türkei – aber auch Europa – mit Gas versorgen. Durch die Pipeline sollen 63 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr in die Türkei fließen, 50 Milliarden davon für Europa. Das Problem: An der türkisch-griechischen Grenze gibt es nicht die nötige Infrastruktur, um so viel Gas weitertransportieren zu können.

Damit die EU die erforderlichen Milliarden in diese Infrastruktur investiert, hat Gazprom angekündigt, von 2019 an kein Gas mehr durch die Ukraine nach Europa zu liefern. Europa wäre dann gezwungen, den größten Teil der Gasimporte aus Russland statt an der ukrainischen Grenze und durch bestehende Pipelines an der türkisch-griechischen Grenze und durch neue Pipelines in Empfang zu nehmen. Die EU zeigte sich ob dieser Aussicht irritiert. „Ich wäre sehr erstaunt, wenn Firmen mit Verträgen, die weit über das Jahr 2019 hinausgehen, morgen ihre Nachfrage von der Ukraine in die

Türkei verlagern und froh wären, dies zu tun“, sagt Oliver Koch, der Chef der EU-Energieabteilung.

Hinzu kommt, dass immer mehr Alternativen zu russischem Gas zur Verfügung stehen. Zum einen ließe sich durch Tanap auch Gas aus Turkmenistan oder aus den kurdischen Provinzen im Irak Richtung Europa befördern. Falls eine Beilegung des Atomstreits mit dem Iran gelingt, bestünde sogar die Möglichkeit, dass iranisches Gas durch Tanap fließt. Außerdem fällt der Preis für Flüssiggas: Seit Januar 2014 ist er von rund 50 auf 30 US-Cent pro Kubikmeter Gas gefallen. Da die globale Flüssiggas-Exportkapazität steigt, ist auch nicht mit einem baldigen Anstieg der Preise zu rechnen.

Einen klaren Gewinner beim Poker um die Erdgasversorgung gibt es schon: die Türkei. Russland gewährt dem Land einen Rabatt von 10,25 Prozent auf den Gaspreis. Denn am liebsten würde Russland morgen mit dem Bau von Turkish

Stream anfangen. Die Schiffe für den Bau von South Stream sind gechartert und könnten jederzeit mit dem Bau einer Pipeline durch das Schwarze Meer beginnen, egal ob nach Bulgarien oder in die

Türkei. Doch die Türkei dürfte Russland noch eine Weile zappeln lassen, während die Charterkosten für die Spezialschiffe weiterlaufen. Vielleicht lässt sich ja noch ein bisschen mehr Rabatt heraushandeln.

INFO

ERDGAS FÜR DIE UKRAINE

Unter Vermittlung der EU haben Russland und die Ukraine ihre Verhandlungen über die Gaslieferungen an die Ukraine wieder aufgenommen. Ende März läuft das Abkommen aus, das die russischen Gasexporte in die Ukraine während der Wintermonate geregelt hat. Nun strebt die EU ein Abkommen an, das bis Herbst nächsten Jahres gilt. Dann entscheidet ein internationales Schiedsgericht, ob Russland seine Marktmacht gegenüber der Ukraine missbraucht und überhöhte Preise gefordert hat. Die Verhandlungsposition der Ukraine hat sich im Vergleich

zum Herbst 2014 verbessert. Das Land bezieht mittlerweile einen Teil seines Gasbedarfs aus der EU, insbesondere aus der Slowakei. Zudem ist der ukrainische Gasbedarf gesunken, da die von Separatisten kontrollierten Gebiete Donetsk und Luhansk ihr Gas direkt aus Russland beziehen. Die Ukraine will den Gaspreis von 27 auf rund 25 US-Cent pro Kubikmeter drücken. Kiew will zudem die Gebühr für den Transit von russischem Gas in die EU um ein Drittel erhöhen. Zumindest beim Gaspreis hat Russland Kompromissbereitschaft signalisiert. **mih**

KURZ GEMELDET

Gastgewerbe mit Tarif

Mitarbeiter der Hotel- und Gastrobranche im Südwesten bekommen mehr Geld. Der Hotel- und Gaststättenverband und die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten in Baden-Württemberg einigten sich auf einen neuen Tarifvertrag, wie die Beteiligten am Montag in Stuttgart mitteilten. Demnach steigt der Lohn der rund 115 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zum 1. April um durchschnittlich 2,9 Prozent. Azubis können sich besonders freuen: Ihre Vergütung steigt sogar zwischen 3,75 Prozent und 5,2 Prozent. **dpa**

Bausparkassen-Fusion

Die Landesbausparkassen Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sollen sich zur größten Landesbausparkasse Deutschlands zusammenschließen. Die Sparkassenverbände der beiden Länder haben beschlossen, Gespräche über eine Fusion aufzunehmen, wie sie am Montag mitteilten. „Kündigungen aufgrund einer möglichen Fusion sind ausgeschlossen“, hieß es. Die LBS Baden-Württemberg beschäftigte an ihren beiden Standorten Stuttgart und Karlsruhe Ende 2014 insgesamt 894 Mitarbeiter, bei der LBS Rheinland-Pfalz mit Sitz in Mainz waren es 261 Mitarbeiter. Begründet werden die Pläne mit den wachsenden gesetzlichen Anforderungen. **dpa**

Deutsche Bank steht vor Umbau

Eine Aufspaltung der größten deutschen Kreditinstituts ist möglich / Entscheidung im April

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN
ROLF OBERTREIS

FRANKFURT. Die Deutsche Bank ist im Umbruch. Über den künftigen Kurs ist noch nicht endgültig entschieden. Einschnitte im Privatkundengeschäft werden jedoch wahrscheinlicher.

Der von den Co-Chefs Anshu Jain und Jürgen Fitschen 2012 begonnene Umbau der Bank ist bislang eine Enttäuschung. Ihre Ergebnis- und Renditeziele haben Jain und Fitschen verfehlt, weltweit hinken sie weit hinter den Konkurrenten aus den USA her. Hierzulande gilt die Postbank eher als Last denn als wertvoller Bestandteil der Bank. Am Freitag diskutierte der Aufsichtsrat dem Vernehmen nach über die Strategie, vor allem über das Privatkundengeschäft. Wird es sogar abgespalten?

Das Investmentbanking – das ist das Kapitalmarktgeschäft und die Betreuung von Großkunden bei ihren weltweiten Geschäften, bei Börsengängen und Emissionen und bei Übernahmen – steht nicht zur Debatte. Da wolle man der US-Konkurrenz nicht das Feld überlassen, sagt Jain und warnt vor einem „weiteren US-Monopol wie beim Internet“. Dagegen fragt Jain: „Warum sollte man sich einen Banksektor leisten, der nur national ausgerichtet ist.“ Damit scheint klar: Die neue Strategie, die Jain und Fitschen vermutlich bis Ende April präsentieren werden, zielt auf die Privatkundensparte.

Dem Vernehmen nach werden drei Ideen debattiert. Option eins, angeblich die wahrscheinlichste: Zusammen mit der Postbank wird eine Privat- und Geschäftskundenbank geformt, die abgespalten und an die Börse gebracht werden soll. Es wäre mit 27 Millionen Kunden in Deutschland und anderen europäischen Ländern ein schlagkräftiges Institut. Wirklich neu ist die Idee nicht: 1999 hatte der damalige Vorstandssprecher Rolf Breuer die Privatkundensparte in die Deutsche Bank 24 ausgegliedert. Nur drei Jahre später wurde das Modell wieder ad acta gelegt. Es widerspricht auch dem Konzept einer weltweit tätigen Universalbank, dass vor allem Co-Chef Fitschen hochhält.

Aufsichtsrat diskutiert drei Varianten

Deshalb gibt es Option zwei: Dabei würde die bisherige Tochter Postbank vollständig in die Privatkundensparte integriert. Auf diesem Weg ist die Deutsche Bank mit der Zusammenführung der jeweiligen Informationstechnik schon ein großes Stück vorangekommen. Allerdings hätte eine Integration dem Vernehmen nach einen erheblichen Stellenabbau zur Folge. Erheblicher Widerstand der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, der Betriebsräte und der Gewerkschaften wären sicher. Blicke Option drei: Die Deutsche Bank verkauft die Postbank. Dazu müsste ein Käufer gefunden werden, der

bereit wäre, mindestens 6,4 Milliarden Euro auf den Tisch zu legen. So viel hatte die Bank vor fünf Jahren für das Bonner Institut gezahlt.

Beobachter rechnen nicht mit einem radikalen Schnitt. „Eine Neuausrichtung der Bank erwarten wir ebenso wenig wie einen Verkauf der Postbank“, sagt Stefan Bongardt, Analyst bei Independent Research. Ein Patt im Aufsichtsrat zwischen Investmentbankern und Anhängern des Universalbank-Modells sieht Dieter Hein vom Analysehaus Fairresearch. „Am Ende wird nicht viel passieren, bis auf eine weitere Restrukturierung.“ Dabei seien Jain und Fitschen mit ihrem bisherigen Konzept krass gescheitert.

Für die Misere des Instituts macht nicht nur Hein die Investmentbanker verantwortlich. In den letzten 15 Jahren habe die Bank mehr als 30 Milliarden Euro frisches Eigenkapital eingesammelt, vor allem für die Investmentbanker. „Die aber haben enorm viel Kapital verbrannt, haben der Bank unkalkulierbare Risiken aufgebürdet und lassen sich die schlechte Arbeit auch noch reichlich bezahlen.“ Folge sind milliardenschwere Vergleiche und Rechtsstreitigkeiten, deren Ende noch nicht absehbar ist. Trotzdem: Die Investmentbanker erhielten mit 4,5 Milliarden Euro Boni 2014 genauso viel wie 2013. Immerhin: Die Vergütung der Chefs Jain und Fitschen ist um elf Prozent gesunken, von jeweils 7,47 auf knapp 6,66 Millionen Euro.

Ratenkredite

Konditionen effektiv in % p. a.

Anbieter	Laufzeit in Monaten		Zinsen**
	36	60	
Oyak Anker Bank ¹	3,69	3,79	569,24
Cosmos direkt ¹	4,50	4,72	694,52
ING-DiBa ¹	4,50	4,50	694,52
SKG Bank ¹	4,50	4,72	694,52
Consorsbank 1	4,65*	4,65*	717,56*
Postbank 1	4,65*	4,65*	717,56*
Netbank 1	4,69	4,69	723,68
Deutsche Bank ¹	4,79*	4,79*	739,16*
Bank 11 direkt	4,88	4,88	753,20
Comdirect ¹	4,95	4,95	764,00
PSD RheinNeckarSaar	5,09*		785,60*
Sparbank BW	5,11*	5,11*	788,48*
Norisbank ¹	5,40*	5,40*	833,48*
SWK Bank ¹	5,70*	4,80*	879,56*
Degussa Bank	6,10	6,10	941,48
Ziraat-Bank ¹	7,68*	8,53*	1.184,48*
Schlechtester Anbieter	9,99*	9,99*	1.541,96*

1) Online-Konditionen; *bonitätsabhängig; **bei 10.000 Euro Kreditsumme, 36 Monate Laufzeit; Trend beim Ratenkredit: ➔ stagnierend

tagesaktuell unter:
www.biallo.de/ratenkreditvergleich

Fax-Abruf (je 3 Seiten)
Thema: Fax-Abruf-Nr. 09001 /
Annuitätendarlehen 74 98 80 80 22
Baugeld m. Tilgungsaussetzung 74 98 80 81 22
Ratenkredite 74 98 80 82 22

Tagesgeld 74 98 80 83 22
Sparbriefe 74 98 80 84 22
Festgeldanlage 74 98 80 85 22

1 Minute = 1,24 Euro
Kein Fax? Dann senden Sie einen mit 0,90 Euro frankierten Rückumschlag plus 2,55 Euro in Briefmarken pro Liste an:
Versandservice, Lerchenstr. 8 86938 Schondorf
Angaben ohne Gewähr
Stand: 23.03.2015
Quelle: biallo.de